

# Pulsnitzer Wochenblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz.

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146  
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz

**Erzzeit: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten hat der Bezüge kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 3500.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 3300.—; durch die Post monatlich M 3500.— freibleibend.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gespaltene Zeitzeile (No. 12 Zeilenreihen) M 300.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 250.—, Amtliche Zeile M 900.—, und M 750.—. — Reklame M 700.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauben und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsvoller Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großpörsdorf, Bietzig, Hauswalde, Ohorn, Oberkaina, Niederkaina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Dichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 68

Sonnabend, den 9. Juni 1923.

75. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Höchstpreise für den Kleinhandel mit Milch.

Auf Grund der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums über Höchstpreise für Milch- und Milchserengerichte vom 4. Juni 1923 (Nr. 128 der Sächsischen Staatszeitung) werden im Einvernehmen mit der Bezirkspreisprüfstelle für den Milchkleinverkauf unmittelbar an den Verbraucher folgende Höchstpreise festgesetzt:

- Für den Kleinverkauf von Milch durch die Molkeereien und Milchhändler:
  - Bollmilch 750 M je Liter,
  - Mager- oder Buttermilch 375 " " "
- Für den Kleinverkauf von Milch durch die Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher ab Gehöft:
  - Bollmilch 660 M je Liter,
  - Mager- oder Buttermilch 330 " " "

3. Für den Kleinverkauf von Butter und Quark ab Gehöft oder Molkeerei unmittelbar an die Verbraucher können die Rückhalter einen Zuschlag bis zu 10 Prozent und die gewerblichen Molkeereien einen solchen bis zu 15 Prozent zu den in § 5 Abs. 1 der Bekanntmachung vom 4. Juni 1923 für sie festgesetzten Höchstpreisen erheben.

Diese Höchstpreise gelten für den gesamten Bezirk der Amtshauptmannschaft einschließlich der Stadt Kamenz und treten am 10. Juni 1923 in Kraft.  
Kamenz, am 8. Juni 1923.

Die Amtshauptmannschaft für den Bezirksverband.

### Polizeistunde.

Es liegt Veranlassung vor, auf Folgendes hinzuweisen:

Die einheitlich auf 1 Uhr nachts festgesetzte Polizeistunde gilt nach dem Reichsgesetz vom 24. Februar 1923 und der Bekanntmachung des Sächsischen Ministeriums des Innern vom 22. Mai 1923 auch für sogenannte geschlossene Gesellschaften, die ihre Vergügungen in Gast- oder Tanzsälen abhalten, ferner auch für solche Räume, die im Eigentum geschlossener Gesellschaften stehen oder von ihnen ermielt sind.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1 Million Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Pulsnitz, den 7. Juni 1923. Der Stadtrat — Polizeiamt.

### Höchstpreise für den Kleinhandel mit Milch.

Auf Grund der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums über Höchstpreise für Milch- und Milchserengerichte vom 4. Juni 1923 werden im Einvernehmen mit der Preisprüfstelle für den Milchkleinverkauf unmittelbar an den Verbraucher folgende Höchstpreise festgesetzt:

- Für den Kleinverkauf von Milch durch die Molkeereien und Milchhändler:
  - Bollmilch 700 M je Liter,
  - Mager- und Buttermilch 350 " " "
- Für den Kleinverkauf von Milch durch den Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher ab Gehöft:
  - Bollmilch 660 M je Liter,
  - Mager- und Buttermilch 330 " " "

Für den Kleinverkauf von Butter und Quark ab Gehöft oder Molkeerei unmittelbar an den Verbraucher können die Rückhalter einen Zuschlag bis zu 10 Prozent und die gewerblichen Molkeereien einen solchen bis zu 15 Prozent zu den in § 5 Abs. 1 der Bekanntmachung vom 4. Juni 1923 für sie festgesetzten Höchstpreisen erheben.

Diese Höchstpreise gelten für den Bezirk der Stadt Pulsnitz und treten am 10. Juni 1923 in Kraft.  
Pulsnitz, am 9. Juni 1923.

Der Stadtrat.

### Öffentliche Sitzung des Schulausschusses

findet Donnerstag, den 14. Juni 1923 nachmittags 1/2 6 Uhr im Stadtverordnetenitzungs-saale des Rathauses statt.

Tagesordnung hängt im Hausflur des Rathauses aus.

Pulsnitz, am 9. Juni 1923.

Der Vorsitzende.

Auf Grund § 3 Abs. 2 der sächsischen Ausführungsverordnung vom 20. Dezember 1922 wird hiermit bekannt gegeben, daß die Ortsübliche sowie der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst sowohl der landwirtschaftlichen als auch der forstwirtschaftlichen Arbeiter für den Bezirk des unterzeichneten Versicherungsamtes ab 4. Juni 1923 um je auf den 10fachen Betrag erhöht worden sind.

Die jetzt gültigen Beträge hängen in der Rathausflur zu jedermanns Einsichtnahme aus.

Pulsnitz, am 9. Juni 1923.

Der Stadtrat.

Versicherungsamt.

### Das Wichtigste.

Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 19. Juni 1923 beträgt das Goldpolkaufgeld 1431900 v. S. gegen 1189900 in der Vorwoche. Nach dem Ausweis vom 31. Mai hat sich der Goldbestand der Reichsbank weiterhin um 75 Millionen Mark vermindert, während der Notenlauf um 470 Millionen Mark gestiegen ist.

Das deutsche Memorandum an die Entente wurde gestern veröffentlicht; Deutschland gibt in ihm die in Aussicht genommenen Garantien bekannt, erbetet sich, seine Leistungsfähigkeit durch eine unparteiische internationale Instanz abschätzen zu lassen und ersucht erneut um Einberufung einer Konferenz zwecks mündlicher Verhandlungen.

Der Reichskanzler wird sich voraussichtlich heute nach Münster begeben, um bei der Tagung des Reichverbandes der deutschen Presse eine Rede zu halten.

Die Gesamtzahl der von der Rheinlandkommission und ihren Delegierten seit Beginn des Ruhrstreiks angesprochenen Verbote rheinischer und westfälischer Zeitungen hat die Zahl 2000 überschritten.

Angeblich sind von London aus Bestrebungen im Gange, die deutsche Mark an den Börsen zu streichen.

Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers stehen im Steuerwesen wichtige Veränderungen bevor; u. a. sollen die Vorschläge auf die Einkommensteuer vom 10. auf den 20fachen Betrag erhöht werden.

Es liegt nunmehr fest, daß die Postgebühren am 1. Juli verdreifacht, die Fernsprechggebühren verdoppelt werden.

Im preussischen Landtag wurde ein sozialdemokratischer Antrag, unversichtlich die Trennung von Kirche und Staat vorzunehmen, mit 166 gegen 131 Stimmen abgelehnt.

Die Polen haben wiederum mehrere Deutsche aus der Ostmark ausgewiesen.

In der Slowakei wurde eine umfangreiche Spionageaffäre aufgedeckt, die an der Grenze spielt. Es wurden mehr als zweihundert Personen festgenommen.

Die Arbeitgeber in der englischen Zute-Industrie haben beschlossen, die an 25000 Arbeiter gerichteten Kündigungen zurückzuziehen.

Die Anfang dieses Monats erklärten Ausisparungen sind damit aufgehoben.

John Browning, der Erfinder der nach ihm benannten Pistole, hat eine Kanone erfunden, die in der Minute 120 Schüsse abgeben kann.

Das chinesische Kabinett ist zurückgetreten.

### Kommen wir weiter?

Wenn man sich die Meinungsäußerungen der Pariser Presse durchliest, so muß man den Eindruck gewinnen, daß das außerordentliche Angebot Deutsch-

lands die Reparationsfrage auch nicht um ein Stückchen der Regelung näher geführt hat. Paris ist nach wie vor schroff ablehnend und würdigt das deutsche Memorandum in keinem seiner Punkte einer ernsthaften Besprechung. Wenn man unbedingt auch in Paris so etwas wie eine günstige Wirkung suchen will, so kann man vielleicht sagen, am Quai d'Orsay lasse sich ein gewisses Zögern und sogar so etwas wie eine Zurückhaltung erkennen, was dahin gedeutet werden könnte, daß auch Herr Poincaré sich im Augenblick wenigstens nicht genügend hart fühlt, isollert eine Ablehnung in aller Schroffheit auszusprechen. Dieses Zögern rührt aber wohl in der Hauptsache daher, daß die bürgerliche Linke und der Kreis um Douhaeur die gebotene Gelegenheit benutzen, ganz verhält und äußerst vorstellig ein wenig Kritik am Diktator zu üben. Die Hoffnungen, die man in einigen deutschen Kreisen vor langer Zeit einmal auf Herrn Douhaeur setzte, sind längst verweht, und so kann es keinerlei Erwartungen bei uns erregen, wenn sein Blatt für die eingehende Prüfung des deutschen Memorandums eintritt. Die offizielle Antwort Frankreichs wird, dessen kann man gewiß sein, eine Ablehnung sein und auch Belgien wird sich dieser Ablehnung anschließen, und wie aus den Nachrichten aus Brüssel hervorgeht, in viel vasaillenhafterer Weise als man es eigentlich nach den letzten Auseinandersetzungen erwarten hat. Einzig und allein von England wird das deutsche Memorandum ziemlich rückhaltlos als eine Verhandlungsgrundlage anerkannt, auf der zumindestens das wirtschaftliche Problem geklärt werden könnte. Italien tritt, wenn auch etwas zögernd, der englischen Auffassung bei, scheint aber in merkbarer Resignation das Hauptgewicht auf die politische Seite des Problems zu legen, und da eigentlich keine Möglichkeit zur Lösung zu sehen. Die politische Seite dürfte für die nächste Zeit im Vordergrund der Debatte stehen, und da die deutsche Note sorgfältig jede politische Tendenz ausgeschaltet hatte, so hat sich Deutschland selbst zum reinen Objekt dieser Debatte gemacht. Viel Zuversicht, daß wir auf diese Weise ein Stück weiter kommen, können wir nicht aufbringen, dafür ist unser Mißtrauen gegen

noch so schöne Höflichkeitsskizzen, die aus England herüber kämen, doch allzu groß. Selbst wenn England in dem sich entspinrenden Meinungsaustrausch zwischen Paris, London, Brüssel und Rom sein Ziel einer Konferenz und einer gemeinsamen Verantwortung des deutschen Schrittes erreicht, so ist damit keine Gewissheit eines wirklichen Fortschritts gegeben, sondern viel eher die Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich seine Forderungen nach Aufgabe des passiven Widerstandes bei England durchsetzt, und somit Deutschland der gemeinsamen Antwort der Allierten gegenüber nur das entschlossene Nein aussprechen kann, das Nein, das bisher nur gegenüber Frankreich und Belgien zu behaupten war.

### Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

— (Sammlung der Gemeindedia- tonie.) Wie alljährlich haben sich auch dieses Jahr freundliche Helferinnen zur einmaligen Sammlung zur Verfügung gestellt und werden nunmehr ihre Tätigkeit beginnen. Gebe ein Jeder nach seinen Kräften im Verhältnis zur Geldentwertung, denn das Lebenswerk der Alterspflege baut sich in der Hauptsache auf die Unterstützung freiwilliger Spenden auf. — Dank allen gütigen Gebern!

— (Vom Wetter.) Der Höhepunkt des Kälterückfalls scheint nunmehr überschritten zu sein. Die Wetterwarte kündigt Bewölkungsabnahme und mit Schwachen südlichen Winden allmählichen Temperaturanstieg an. Höchste Zeit!

— (Der 2. Nordliche Oberlausitz-Turn- gau (O. L.) ruft diesen Sonntag seine Turnerinnen zu einer Wanderung nach dem Reulenberg, wobei natürlich Wander- und Turnfreunde herzlich willkommen sind. Gegen 11 Uhr treffen die Abteilungen am Ziel ein, wo Freiübungen, vollständige Wettkämpfe, Sondervorführungen, Gesang und sonstige Unterhaltung für genügende Abwechslung sorgen werden. Wohlauf in Gottes schöne Welt!

(Geringere Erhöhung der Postgebühren.) Der Verkehrsbeirat ist den vorgeschlagenen Sägen für die neue Postgebührenerhöhung nicht beigetreten. Ohne die finanzielle Notlage der Post zu verkennen, war er der Auffassung, daß derartige Sprünge auf das gesamte Wirtschaftsleben nach jeder Richtung hin verhängnisvoll einwirken müssen. Immerhin war eine Mehrheit schließlich mit einer Verdreifachung der Postgebühren und einer Verknüpfung der Fernspreckgebühren grundsätzlich einverstanden. Die endgültige Entscheidung werden nunmehr der 27. Ausschuß des Reichstages und der Reichsrat zu treffen haben.

(Kartoffelpreis.) Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 4. d. M. einen Erzeugerpreis von 5400 bis 5800 Mark je Zentner für weiße, rote, und gelbfleischige Sorten notiert.

(Ermäßigung des Weizenmehlrückpreises.) Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Rückpreis für Weizenmehl spezial 0 nach der vorgestrigen 20 000-Mark-Steigerung wieder auf 450 000 M herabgesetzt für den Doppelzentner einschließlich Sack ab Mühle.

Radeberg. (Ein zehnjähriger Knabe spurlos verschwunden.) Seit Dienstag nachmittag ist der zehnjährige Knabe Nagel, hier, Dresdener Straße 37, spurlos verschwunden. Der Knabe trägt blau und weiß gestreifte Bluse, schwarze Hose, schwarze Strümpfe, schwarze hohe Lederschuhe. Etwas Wahrnehmungen über den Verbleib des Knaben wollte man an die besorgten Eltern mitteilen.

Baugen. (Arbeitsminister Graupe über die Wirtschaftslage.) In einer vom Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einberufenen Versammlung, sprach am Dienstagabend der sächsische Arbeitsminister Graupe über "Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Tätigkeit der sächsischen Regierung." Die Baugner Nachrichter berichten über den Vortrag unter anderem: "Wer sich, bei aller grundsätzlicher anders gerichteten politischen Orientierung, auf ein Referat großzügigen Stils von höherer Warte mit aufschlußreichen neuen Gesichtspunkten eingestellt hatte, mußte enttäuscht sein. Die Ausführungen des Herrn Graupe erschöpften sich in der Hauptsache in heftigen Angriffen auf die Reichsregierung und die Industrie. Mit einer Schärfe, die sich in den Worten eines bundesstaatlichen Ministers recht eigenartig ausnahm, wurde die „Cuno-Regierung“ und ihre Politik in einer Weise zerpflügt, die jede Objektivität, wie man sie doch wohl von einem Manne in leitender Stelle fordern darf, völlig vermissen ließ. Zum Schluß wurde natürlich das Gespenst der Gefahr von rechts geißelt, was willkommenen Anlaß gab, zum Zusammenschluß der proletarischen Einheitsfront, zur Bildung der proletarischen Abwehrorganisationen und zur Uebertragung der sächsischen Regierungslinien auf die Reichspolitik aufzurufen."

Jittau. (Der Schulkreiß in der sächsischen Oberlausitz) seitens der Katholiken dauert an. Die Elternschaft stützt sich bei ihrem Streit auf die Stellung der Reichsregierung zur Frage der Gebetsverordnung. Reichsminister Dezer hat erklärt, daß diese Verordnung keine Anwendung finden darf, wenn alle Kinder einer Klasse oder Schule demselben Bekenntnis angehören und von Religionsunterricht befreite Kinder nicht vorhanden sind. Das Kultusministerium aber hat, so wird gemeldet, bis heute keine Veranlassung genommen, sich dem Standpunkt der Reichsregierung anzupassen. Auch die Verhandlungen, die seitens der katholischen Schulorganisation in dieser Frage mit dem Kultusministerium geführt worden sind, sind ergebnislos verlaufen. Der Kultusminister hat den Vorschlag, daß an dem Zustande, wie er bis zum 24. Mai in der Lausitz in der Praxis bestand, nichts geändert werden solle, bis eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt ist, abgelehnt. Die Katholiken empfinden diese Ablehnung einer ganz selbstverständlichen Forderung als eine Verletzung ihrer religiösen Gefühle. Die katholische „Sächsische Volkszeitung“ schreibt: „Der Kultusminister ist wiederholt auf die Folgen dieser Ablehnung hingewiesen worden. Er aber drohte strengste und schärfste Strafen an den Lehrern, die nach wie vor mit den Kindern beten würden, er drohte dieselben Strafen an den Eltern, wenn sie zum Abwehrmittel, dem Schulkreiß, greifen würden. Strafandrohungen! Als ob das ein Mittel wäre, die katholischen Eltern vom Kampfe um ihre heiligsten Güter abzuhalten! Herr Kultusminister, auf diese Weise werden Sie Ihr Ziel nicht erreichen! Gehen Sie den Weg der Verständigung! Gehen Sie ihn, bevor die Bewegung weitere Wellen geschlagen hat!“

Dresden. (Bermählungsfeier in der ehemaligen Königsfamilie) Am 16. Juni findet die Bermählung des Prinzen Friedrich Christian mit der Prinzessin von Turn und Taxis in Regensburg statt.

Schandau. (Französische Generalstabsoffiziere an der sächsischen Grenze) In der deutschböhmischen Stadt Böhmisches Leipa haben etwa 40 französische und tschechische Generalstabsoffiziere Wohnungen belegt, da sie demnächst dort einzureisen beabsichtigen. Der Wunsch, die Hotels zu beslaggen, wurde abgelehnt. Der Zweck des Aufenthalts der Offiziere ist nicht bekannt.

Meißen. (Fremdenverkehr in Meißen.) Welchen Umfang der Besuch von Schulen in Meißen angenommen hat, geht daraus hervor, daß am Mittwoch nicht weniger als 85 Schulen hier weilten.

Leipzig. (Pferdediebstähle) In Bennewitz bei Leipzig sind in der Nacht vom 1. Juni 2 kastanienbraune Pferde, Wallache, 11 und 8 Jahre alt, beide lupiert, im Werte von 30 Millionen Mark gestohlen worden. — In Arnsdorf wurde in der Nacht zum 6. Juni ein Pferd, Fuchs mit Blässe, weißer Mähne, 20 Jahre alt, gestohlen.

Leipzig. (Die Opfer der Leipziger Teuerungsunruhen.) Der amtliche Polizeibericht meldet, daß bei den Teuerungsaufständen 51 Verwundete in das Krankenhaus eingeliefert wurden, sowie 1 Toter. Drei der Verwundeten starben, darunter ein Beamter der Landespolizei und ein Anhänger der anarchistischen Bewegung. Es wird betont, daß ein Befehl zum Schießen nicht gegeben worden sei, sondern das Ganze einen Akt spontaner Notwehr darstelle. — Von anderer Seite werden die Angaben des amtlichen Berichts als nicht richtig hingestellt und behauptet, es habe 8 Tote und über 100 Verwundete gegeben. Es sei zu befürchten, daß die Zahl der Toten noch höher sei, da die flüchtenden Demonstranten nicht nur die Verwundeten, sondern

### Für die Postbezieher!

Infolge der neuen ungeheuren Teuerungswelle, die bei Anmeldung der bereits vier Wochen vor Beginn des neuen Monats anzumeldenden Postbezugspreise noch nicht vorausgesehen werden konnte, mußten wir die Junipreise höher setzen, als sie bei der Post angemeldet und von den Postbeziehern bereits im Voraus entrichtet sind. Wir müssen daher wieder einmal mit der Bitte um eine Nachzahlung an unsere verehrten Postbezieher herantreten. Die Differenz ist M. 500.—

Wir bitten, uns diesen kleinen Betrag unter Benützung der dem heutigen Blatte beiliegenden Zahlkarte auf unser Postcheckkonto zu überweisen.

Geschäftsstelle des „Pulsnitzer Wochenblattes“.

auch die Toten fortschleppten. — Die Kommunisten hielten am Freitag Protestversammlungen ab, in denen folgende Forderungen erhoben wurden: Sofortige Abhebung des Polizeipräsidenten Fleißner-Zurückziehung der Polizei. Den Schutz der werklätigen Bevölkerung übernimmt der gemeinsame proletarische Selbstschutz. Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes. Sofortige Verdopplung der Unterhaltungsätze der Erwerbslosen und sofortige Erhebung einer Zwangsumlage (Sozialabgabe) bei Industrie, Handel, Banken und Landwirtschaft. Verhaftung des schuldigen Sipo-Kommandanten Bestrafung aller Mitschuldigen — eine Forderung fehlt noch: Belohnung der kommunistischen Hezer.

Chemnitz. (Blickschlag in eine Kirche.) Am Dienstag nachmittag schlug der Blick in den Turm der Lutherkirche. Die vergoldete Hahnsfigur wurde von der Spitze geworfen, die Uhr zum Stehen gebracht und die Wasserleitungsröhre zerschmolzen.

Wurzen. (Der Dackel als Gänsemutter.) Beim Förster Hendel in Follenhain waren von einer Henne 4 Gänse ausgebrütet worden. In einen unbewachten Augenblick holte der Dackel des Hauses die kleinen Gänse aus ihrem Korbe in seinen Kasten unter dem Fen. Seitdem bewacht der Dackel die kleinen Gänse wie eine richtige Gänsemutter.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. Juni.

### Die Teuerungsausprache im Reichstag.

Der Reichstag nahm in seiner Sitzung zu dem Thema, das augenblicklich in aller Munde ist, zu der ungeheuerlichen Teuerung, die sich auf allen Gebieten des deutschen Wirtschaftslebens breit macht, Stellung. Den früheren Anlaß zu dieser notwendigen Erörterung bot eine sozialdemokratische Interpellation, die von dem Gewerkschaftsführer Aufhäuser begründet wurde. Die Hauptschuld an der Wirtschaftsanarchie, unter der Deutschland leidet, sieht er nur in den Besitztenden. Er forderte dementsprechend auch schärfste Heranziehung der Besitztenden zu den Lasten des Reiches, läßt hierbei Kritik an der Devisenpolitik der Reichsbank und verlangte eine gründliche Umgestaltung des Steuerwesens im Sinne einer Entlastung der Lohn- und Gehaltsempfänger, Erfassung der Sachwerte zc. Der Redner rief den bürgerlichen Parteien und der Regierung dringend, die Krise im Parlament zu erleben, ehe die Massen mobil gemacht würden. Die Regierung trat mit einem großen Aufgebot von Kräften in Erscheinung, alle zuständigen Minister erschienen auf dem Plan. Zunächst legte Arbeitsminister Dr. Brauns dar, daß eine Reihe von Vorlagen zur Erhöhung von Gehälts- und Rentenbezügen bereits in den parlamentarischen Ausschüssen verhandelt wurden und daß man hoffe, auf diese Weise eine Verhinderung der Bevölkerung herbeizuführen. Der Arbeitsminister wies darauf hin, daß in den Großindustrien tatsächlich Lohnerhöhungen von 67% und mehr eingetreten sind und daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Der Goldlohn biete keinen Schutz gegen die weitere Verminderung des Reallohnes. Es werde ein neuer Index gesucht. Das gehe aber nicht so rasch. Der Minister schloß mit einem Appell an die Welt, es möge bei allen Völkern der Wille zur Duldung zum Durchbruch kommen. — Der Reichsfinanzminister Dr. Herms gab zu, daß das Geldentwertungsgefahr schon heute mit den Geldverhältnissen nicht mehr übereinstimmt. Das Veranlagungsgeheimnis sei aber im Gange und die Steuerarbeiten dürften durch eine Aenderung des Gesetzes nicht ins Stocken gebracht werden. Zur Brotverbilligung werde eine vervielfachte Zwangs-

anleihe erhoben werden. Auch die Vorschlagskationen auf die Einkommensteuer würden hauptsächlich auf den zwanzigfachen Betrag gebracht werden. Man sei dabei, die Besteuerer möglichst der Geldentwertung anzupassen. Auch um eine beträchtliche Steigerung der Verbrauchssteuern würde man nicht herumkommen. — Reichswirtschaftsminister Dr. Beder hielt den Sozialdemokraten vor, daß sie auch in dieser ersten Lebensfrage des deutschen Volkes Parteipolitik trieben. Die Hauptursache für Deutschlands Verelendung sei der Versailles Vertrag und nicht die Devisenspekulation. Deutsche Pioniere im Auslande bräuchten wir zur Hebung unserer Wirtschaft. Wirtschaftliche Fragen solle man wirtschaftlich und nicht parteipolitisch behandeln. Die Entwertung unserer Mark sei bei dem Ueberflusse der Einfuhr über die Ausfuhr eine natürliche Erscheinung. Trozdem dürfe man aber nicht die Hände in den Schoß legen. Eine völlige Zentralisierung des Devisenhandels bei der Reichsbank sei nicht durchführbar. Die neuen Devisenvorschriften sollen scharf durchgeführt werden. Eine Besserung der Verhältnisse sei aber kaum zu hoffen, bevor man nicht die Reparationslasten von uns genommen hat. — Darauf wurde die Weiterberatung der Interpellation auf Freitag vertagt.

Sitzung vom 8. Juni.

### Fortsetzung der Teuerungsausprache.

Nachdem am Donnerstag die zuständigen Minister ihre Erklärungen zur Teuerungszulage abgegeben hatten, wurde am Freitag die Besprechung der sozialdemokratischen Teuerungsausprache begonnen. Die Reihe der Redner eröffnete der Zentrumsabgeordnete Schlag, der die Feststellung unterstrich, daß unsere Notlage vom Versailles Vertrag her rühre und daß die Entente unser Geld veräußert habe. Auch ein Regierungswechsel würde die Not nicht beenden können. Tatsächlich seien die wirtschaftlichen Zustände jetzt aber unhaltbar geworden, so daß man mit ernstlichen Mitteln eingreifen müsse. Den besten Eindruck würde es im Auslande machen, wenn die Sozialdemokratie mit in die Regierung eintreten würde. Der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Finden schilberte als Mann des Mittelstandes die Not dieser Berufs- und Berufslosen. Im Auslande sei die Meinung verbreitet, daß die Zustände in Deutschland so unsicher seien, daß es nicht geraten sei, dorthin zu gehen. Bedauerlich seien die Lebensmittelunruhen in verschiedenen deutschen Städten. Der Mittelstand gehe dem Untergange entgegen. Der ehrliche Kaufmann sei mit scharfen Bucherbestimmungen einverstanden, aber man solle auch die richtigen Stellen treffen, wo ursprünglich die Preise bestimmt werden. Das Zentrum wünsche die Mitarbeit der Sozialdemokraten, aber die sozialdemokratische Rede vom ersten Tage sei alles andere gewesen als Mitarbeit. Der deutschnationale Abgeordnete Wieden hielt von Teuerungsbekämpfen überhaupt nichts und forderte Taten. Er gab der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre die Schuld an der Not des deutschen Volkes und trat namentlich für den verarmten geistigen Mittelstand und den kleinen Kaufmann ein. Bei Steuerreformen und Eingriffen in die Preisfrage verlangte er enges Zusammenwirken mit den betroffenen Wirtschaftskreisen. Der demokratische Abgeordnete Derburg hielt eine klare Stellung des Parlaments angesichts der wachsenden Unzufriedenheit für notwendig, gab zur wirtschaftspolitischen Lage eine sachverständige Betrachtung und verlangte zum Schluß, daß die Produktion gefördert werden müsse und der Verkehr nicht gehemmt werden dürfe. Der Abgeordnete Emmertling von der Bayerischen Volkspartei warnte vor gewalttätigen Preisbesetzungen, durch die man die Verhältnisse nicht bessern könne. Der Redner empfahl die Ausgabe wertbeständiger Anleihen. Der kommunistische Abgeordnete Lehmann lehnte die Verantwortung für die Lebensmittelunruhen, die hier und dort aufgefackelt sind, ab und erhoffte von einer Arbeiterregierung alles Heil. — Darauf wurde die Weiterberatung auf Sonnabend vertagt.

## London lobt, Paris schimpft, Brüssel tut beides.

Im Gegensatz zu der deutschen Note vom 2. Mai hat die neue Note draußen in der Welt zum mindesten nicht allgemeine Ablehnung gefunden. Vor allem nicht in London. London ist sogar in den bisher deutschfeindlichen Kreisen durchaus zustimmend und findet die wirtschaftlichen und finanziellen Einzelheiten durchaus erörterungsfähig. Paris interessiert sich dagegen nicht im geringsten für diese wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten Deutschlands. Es hat das deutsche Memorandum nur auf das Wort vom „pactum videtur“ hin untersucht, und da davon nichts drin steht, so ist die deutsche Note unannehmbar. So steht in allen Pariser Blättern im Leitartikel, den Poincaré ansprechend in einer Pressekonferenz in vielen Durchschlägen an seine Journalisten verteilt hat.

Die „Times“ hat das Problem richtig formuliert, wenn sie sagt: Zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Problem der augenblicklichen Politik unterscheidet. Frankreich interessiert sich nur für die politische Seite: Es erblickt die europäische Vorherrschaft, die Annexionspläne und operiert mit Truppen. Der passiv Widerstand am Rhein und an der Ruhr hat zum ersten Male seit dem Kriege diesem Imperialismus einen Wall entgegengeleitet. Nur macht Frankreich daraus eine Preisfrage. Deutschland soll sich unterwerfen, d. h. im französischen Denken nicht etwa, es soll Reparationen zahlen, sondern es soll den passiven Widerstand aufgeben. Mit anderen Worten, es soll sich auf Gnade und Ungnade ergeben.

England interessiert sich dagegen nur für die wirtschaftliche Seite. Es findet die französische Preispolitik albern, den Imperialismus für ganz Europa, einschließlich Frankreich, lebensgefährlich und meint, die Hauptsache sei, daß Deutschland bezahlt, und wie die Note beweise, sei es auf dem besten Wege dazu.

Belgien ist in der Zwickmühle. Es hat sich in keiner eifrigeren Großmannschaft Frankreich ausgeliefert, ist aber wirtschaftlich viel mehr mit England und Deutschland verknüpft, so daß es nun gezwungen ist, die Lage sowohl politisch als auch wirtschaftlich anzusehen. Daher seine Doppelpolitik.

Diesmal wird der deutschen Note zweifellos ein englisches-französisches Meinungsstaus aus folgen. Beide Ansichten, die rein wirtschaftliche, wie die rein politische, werden einander entgegenstehen. In dieser Ausprache ist Frankreich darin unterlegen, daß es notwendigerweise seine politischen Gelüste wirtschaftlich rechtfertigen muß. Dies wird ihm angesichts der wirtschaftlich so weit entgegenkommenden deutschen Note schwer fallen.

## Die Gewerkschaften zum Angebot der deutschen Industrie.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftszweig Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtensverbände (G.-A.) haben an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in welchem zu dem Angebot des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Stellung genommen wird. Es heißt darin: Der Reichsverband der Deutschen Industrie will den privaten Besitz nur in

vorkübergehender Verpfändung und nur insoweit verpflichtet sein lassen, als er in unbeweglichem Vermögen verpfändbar ist. Das gesamte bewegliche Vermögen soll also von der Pfandsprache ausgeschlossen sein. Hierzu fehlt jede Berechtigung. Aber auch soweit eine vorkübergehende Verpfändung von Sachwertbesitz erörtert wird, ist sie an so viele Voraussetzungen geknüpft, daß das Angebot seinen Hauptwert verliert. Die Rückföhrnahme der Industrie auf ihre eigenen Interessen läßt die Interessen der Gesamtheit viel zu kurz kommen. Es fällt auf, daß nach Meinung des Reichsverbandes aus den staatlichen Handbetrieben in absehbarer Zeit jährlich vielleicht eine Milliarde Goldmark und mehr herausgewirtschaftet werden sollen, während die gesamte deutsche Wirtschaft nur eine Höchstsumme bis zu 500 Goldmark Millionen ausbringen könne. Nach den Schätzungen des Reichsverbandes vor dem Kriege war das Verhältnis der staatlichen zu den Privatvermögen etwa 1:7. Demnach müßte der Reichsverband den staatlichen Betrieben die Ausbringung eines doppelt so hohen Betrages zu, als den weit größeren Privatvermögen. Es ist irreföhrlich, wenn der Reichsverband den Kapitalwert der von der deutschen Privatwirtschaft zu übernehmenden Jahresleistungen auf mehr als die Hälfte seines gegenwärtigen Verkaufswertes schätzt. Zu dem Verlangen auf Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich der Außenhandelskontrolle erklären die Gewerkschaften, daß die Zwangswirtschaft stark gelockert und hauptsächlich nur als Verteilungsvorschläge übriggelassen sei. Auch die Außenhandelskontrolle befindet sich in völliger Selbstverwaltung der Wirtschaftskreise. Eine sofortige Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften sei für die gesamte deutsche Wirtschaft untragbar und die Forderung nach einer Beschränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsrichteramt in wirtschaftlichen Streitigkeiten sei ein dauerhafter Mangel an sozialer Einsicht.

Das Schreiben gibt dann Richtlinien an für eine Steuerreform zum Zwecke der Ausbalanzierung des Haushalts und fährt fort: Die Forderung des Reichsverbandes nach einer Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung bedeutet nicht nur die volle Arbeitspflicht aller Beschäftigten, sondern auch die Anerkennung des Rechts auf volle Beschäftigung. Die Entlassungen der Arbeitnehmer durch teilweise und periodische Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen wirken der Steigerung der Produktion entgegen und erschweren deren qualitative Hebung. Das Streben nach mehr als achtstündiger Tagesarbeit, unterstützt durch unbeschränktes Entlassungsrecht der Arbeitgeber, bedeutet ferner die Abwälzung des dem Beschäftigten zufallenden Teils der Reparationslasten auf die Arbeitnehmer, die dann durch Mehrarbeit und Hunger die Verzinsung der dem Auslande geschuldeten Milliarden aufzubringen müßten. Die Gewerkschaften können eine solche Entzweiung und Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer niemals dulden und die Arbeitnehmer sind nicht gewillt, auf diese Weise die Reparationslasten zu tragen. Zusammenfassend erklären wir, daß in dem Schreiben des Reichsverbandes die Grundlage für eine Lösung des Gesamtproblems der Reparationen nicht gegeben ist. In einer gefundenen Lösung des Gesamtproblems mitzuwirken, betrachten die unterzeichneten Verbände auch weiterhin als ihre Aufgabe.

### Die Lage in den besetzten Gebieten.

**44 Millionen Erwerbslosengelder geraubt.**  
**Buer, 6 Juni.** Hier beschlagnahmten die Besatzungsbehörden die gesamten Kassenbestände in Höhe von etwa 44 Millionen Mark, die zur Auszahlung an die Erwerbslosen bestimmt waren. Ob es sich hierbei um die Beibehaltung der Schulsumme wegen der Brückenprengung handelt, war nicht angegeben.  
**Dauernde Besetzung des Bahnhofes Wanne.**  
**Dortmund, 8 Juni.** Die Besetzung des Bahnhofes Wanne soll, wie das Besatzungskommando äußerte, dauernd sein. Der Betrieb wird von belgischen und elsfässischen Arbeitern ausgeführt, die bei den Belgiern einquartiert sind. Wegen der Föhrung der Lebensmittellieferungen schweben Verhandlungen. — In Gelsenkirchen sind dem Besatzungskommando fünfzehn Lokomotiven in die Hände gefallen; vier Lokomotiven konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.  
**Zusammenstoß zwischen Belgiern und deutschen Arbeitern.**  
**Gelsenkirchen, 8. Juni.** Auf der von Belgiern besetzten Zeche Wilhelmine Viktoria kam es zu einem Zusammenstoß zwischen belgischen Soldaten und deutschen Arbeitern. Bereits vorgestern Abend waren die Belgier in das Bebenmagazin eingedrungen und hatten dort Materialen aller Art weggenommen. Außerdem hatten sie eine Lokomotive weggefahren. Als gestern Morgen wieder eine Abteilung Belgier in die Schachtanlage einbrach und aus dem Magazin wiederum Material herausholten wollte, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den deutschen Arbeitern und den Belgiern. Bei dem Wortwechsel erhielt ein deutscher Arbeiter von einem belgischen Soldaten einen Schuß mit der Pistole ins Gesicht; außerdem schloß ein anderer Belgier auf einen deutschen Arbeiter, ohne ihn jedoch zu treffen. Die Belegschaft ist über diese Vorgänge sehr erregt.

**Aus aller Welt.**  
**Sensfenberg.** (Die Einwohnerzahl von Sensfenberg) beträgt heute nach der Eingemeindung von Thamm und Jüttenborn 18611.  
**(Die Kreuzotter im Rorbe.)** Eine Arbeiterfrau aus Crotonborn (Thür.), die in einem Nachhausewege von einer Kreuzotter, die unter das Holz geraten war, in den Rücken gebissen. Die Frau wurde in das Krankenhaus gebracht, wo sie nach kurzer Zeit starb.  
**(Eine Fitzwelle in Serbien.)** Die Stadt Belgrad und den größten Teil Serbiens überflutete am Sonntag eine unerträgliche Wärmewelle. Um sieben Uhr früh zeigte das Thermometer bereits 33 Grad Celsius. (Wir wären bereit, den Belgradern einige Grad Wärme abzunehmen!)

**(Brautegamen in Amerika?)** Im Abgeordnetenhaus des nordamerikanischen Staates Oregon ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der die Einführung eines Exams für Brautleute vor der Eheschließung vorsieht. Danach soll Brautleute, die nicht mindestens auf der geistigen Höhe eines normalen Kindes von 12 Jahren stehen oder von denen ein Teil an einer ansteckenden Krankheit leidet, die Heirat verboten werden. Im Falle geistiger Minderwertigkeit kann jedoch die Eheschließung gestattet werden, wenn vorher durch ärztliches Eingreifen die Sterilität des geistig minderwertigen Heiratslustigen für dessen ganzes Leben verbürgt wird. Der Gesetzentwurf soll Aussicht auf Annahme haben.

**(Der Neger „in Zivil“.)** In den Straßen von Mainz tauchte in diesen Tagen im Schein der lächelnden Fröhlingssonne plötzlich ein Neger auf der Straße auf, nackt, wie ihn die Natur geschaffen, nur mit einem spärlichen Schurzfell bekleidet. Als ihn die Schulleute höflich stellten, grinste der Neger über sein ganzes Gesicht, und zeigte ein weißes Papier vor, das er in der Hand trug. Auf dem Papier stand zu lesen, unterstempelt von der französischen Militärkommandantur in Mainz: „Der Neger Bambula hat Urlaub; er ist berechtigt, Zivilkleidung zu tragen.“ (Ob die coloured gentlemans in Paris auch herartige „Zivilkleidung“ tragen dürfen, oder bloß bei den gutmütigen dummen Boches?)

### Die Gemeindereform im Landtagsausschuß.

Dresden. In der Freitagssitzung des Sonderausschusses für die Gemeindereform fand nachträglich die Abstimmung über § 100 statt. Die Regierungsvorlage hatte die Rente auf Lebenszeit abgelehnt. Man war letzten Endes doch der Ansicht, daß es für die Bürgermeister nur billig sei, wenn ihnen wie jedem anderen Beamten die Pension auf Lebenszeit gewährt würde. Man nahm dann den Antrag an: noch 18jähriger Amtszeit erhält der Bürgermeister die Rente auf Lebenszeit. In rascher Folge wurde Abschnitt 3, Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeinde, angenommen. Darauf wurde Abschnitt III, Zusammenschluß von Gemeinden, besprochen. Die Frage der Eingemeindung behandelte die §§ 123 bis 135, die in der Hauptsache angenommen wurden. Ebenso wurden die §§ 161 bis 168 (Bordverbände) genehmigt. Nachdem man die §§ über die Staatsaufsicht mit einigen Veränderungen angenommen hatte, wurden die Ubergangs- und Schlußbestimmungen erledigt. Eine lange und wichtige Aussprache machte nachträglich noch § 178 nötig. Es handelt sich darin um die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amt befindlichen Bürgermeister und Gemeindevorsteher. Die bürgerlichen Abgeordneten kämpften besonders dafür, daß die Bürgermeister, wenn sie früher auscheiden, ein Ruhegehalt beziehen in Höhe von 80% ihres ruhegehaltfähigen Dienstverdienstes. Auch alle sonstigen Verbesserungen des § 178 wurden von der Linken abgelehnt, so daß man sagen kann: § 178 entspricht weder den rechtsgesetzlichen Bestimmungen noch der Billigkeit. Zuletzt wurden die Eingaben, soweit sie nicht durch die gefassten Beschlüsse erledigt sind, auf sich beruhen gelassen. Mit 11 gegen 10 Stimmen der Rechten wurde das Gesetz in erster Lesung angenommen.

### Kraft, Mut und Zuversicht!

Wir werden Zweifler und Beskränkter sein, solange wir täglich den vollkommensten Horizont nach einem Stück blauer Himmel, einem Strahl Sonne absuchen und immer wieder nur die gleiche undurchdringliche und bröckelnde schwarze Wand finden.  
Aber wir werden plötzlich Kraft, Mut und Zuversicht in uns entdecken, wenn wir aus dem rasch vergehenden Heute an die geschichtliche Zeitspanne denken, von der unser Leben nur ein Bruchteil ist; wenn wir daran denken, welcher Sturz in der Geschichte immer auf den Uebermut, das Uebermaß folgt, wie furchtbar tief der uralte Friedensbrecher Europas, der uns heute vergewaltigt, stürzen wird.

Welchen Weg das Völkergeschehen geht, weiß niemand. Aber jeder sei sich bewußt, daß Opfermut, Treue, Kraft und Wille zu dulden auf die Dauer stärker sind als zügellos gewordene Macht, die keine Scham fühlt, wenn sie Menschen, ein Volk vergewaltigt.  
Wilhelm v. Scholz.

**Allen Vereinen**  
lieferer ich sämtlichen Bedarf in: Männer-, Frauen- und gemischten Chören, Operetten, Singspiele, Theaterstücke, Theaterbücher, Couplets, Stempel, Fests-, Vereins- und Tanzabzeichen. Auswahlsendungen mit Vereinsstempel bereitwilligst. Kataloge gratis.  
**Josef Günther, Dresden - A., X.**  
Buch-, Musikalien- und Theaterbuchhandlung.

### Die Neuregelung der Brotversorgung.

Ueber die besondere Versorgung der bedürftigen Volkskreise äußerte sich Minister Luther. Die aus der Sozialversicherung und sozialen Einrichtungen unterstützten Personen, etwa 7 1/2 Millionen, wie auch die kinderreichen Familien, sollen mit verbilligtem Brot bedacht werden. Es soll aber nicht etwa „Armenbrot“ durch besondere Stellen ausgegeben werden. Es ist an die Ausgabe von Gutscheinen als Geldschein gedacht. Der Minister verteidigte dann die vielangegriffene Reichsbrotbestelle; sie habe eine geschichtliche Bestimmung. Ihr Defizit sei eine Folge der Marktentwertung.

Die Erörterungen über die Höhe der Reserven führte schließlich zu einem von allen Parteien unterstützten Beschlusse, unterstützten Antrag Schlad, der eine Million Tonnen Getreide durch Ankauf im Ausland für alle Fälle gesichert haben will. Sollte das in vollem Umfange nicht möglich sein, so soll Inlandsgetreide in die öffentliche Hand gebracht werden.

Die bisherige Brotversorgung soll im September wegfallen. Ein Antrag Schlad will die Güter des Uebergangs zur Freiwirtschaft mildern, die Möglichkeit geben, die öffentliche Brotversorgung eventuell bis zum 1. Oktober 1923 fortzusetzen. Der erstgenannte Antrag wurde einstimmig angenommen, der Eventualantrag abgelehnt. Der letztgenannte Antrag wurde ebenfalls angenommen.

**Aegle's Kindermehl**  
nährhaft, leichtverdaulich  
Krankenkost Säuglingsnahrung  
Broschüre über Säuglingspflege kostenlos in Apotheken • Drogerien u.s.w.  
**Enthält beste Alpenmilch!**

### Sport Turnen Spiel

#### 13. Deutsches Turnfest in München 1923.

Anruf an die Arbeitgeber!  
In den Tagen vom 14.—21. Juli 1923 wird in München das 13. Deutsche Turnfest abgehalten. Ein Vaterlandsfest, eine deutsch-vaterländische Turnschau im Sinne unseres Altmeisters Zahn soll es werden, ein machtvolleres, von Hunderttausenden unserer Volksgenossen wirkungsvoll ausgesprochenes Bekenntnis deutscher Treue, deutscher Zuversicht und Hoffnung, aber auch ein packendes Bild deutscher Einmütigkeit und deutschen Zusammenhalts. Gerade jetzt, wo unser armes Vaterland in schwerster Not steht, gerade jetzt, wo die entsetzlichen Weiden unserer Brüder in besetzten Gebiet um Rache zum Himmel schreien, ist es dringend notwendig, dieses Bild der inneren Geschlossenheit, der unüberbrücklichen Treue, der unerschütterlichen Kraft deutscher Turner und Freunde des Vaterlands möglichst wirksam aufzurollen: ein Herzenstrost für alle Bedrängten und Körperlich wie seelisch unter der Knechtschaft leidenden, eine ernste, eindringliche Warnung zugleich für die unerfülllichen, tierisch haushenden Bedrückten.  
Arbeitgeber! Tausende und Abertausende eurer Angestellten und Arbeiter sind Mitglieder von Vereinen der Deutschen Turnerschaft, sind begeisterte Anhänger der deutschen Turnerschaft, sind warme Freunde des Vaterlandes. Gebt ihnen Urlaub für die Tage dieser machtvollen vaterländischen Kundgebung! Helft so mit, das 13. Deutsche Turn- und Vaterlandsfest an Zahl der Teilnehmer zu heben, auf daß möglichst viele gestärkt, erfrischt und neubeseelt vom Geiste Zahns in begeisterten Worten für deutsches Turnen, für deutsche Zucht, für deutsche Heimat- und Vaterlandsliebe in allen Gauen des Reiches werden! Unserem Vaterlande kommt dies alles zugute. Verdoppelter Fleiß und Arbeitswille wird der Dank derer sein, denen ihr die Teilnahme ermöglicht habt.

Aber auch euch laden wir von Herzen zu der ersten, zündenden Feier ein. Kommt selbst in Scharen, überzeugt euch, wie das deutsche Turnen die Volksgesundheit und die Volkskraft hebt, wie Pflichtgefühl, Sinn für Zucht, Einordnung, Kameradschaftlichkeit, Treue und Verantwortung bei uns stets gepflert, wie männlich-sittliches Streben, Anhänglichkeit an Heimat und Deutschland unentwegt gefördert wird. Da steht ihr, wie das deutsche Turnen Körper und Geist kräftigt, lebendig und jugendlich erhält und wie es als ewig fliehender Kraftquell, als unerschöpfbarer Jungbrunn eurer Arbeitnehmern Erholung und neue Lebensfreude bietet, die Grundlagen zu regen Arbeitswillen.  
Der Hauptauschuß des 13. Deutschen Turnfestes in München.  
F. A. Prof. Dr. Vogt.

**Turnen.**  
Nordl. Oberlausitz-Turngau (D. T.) Sonntag, den 10. Juni, findet auf dem Keulenberg ein Treffen sämtlicher Turnerinnen-Abteilungen mit vollständigem Wettturnen, Wettspielen usw. statt.

Allgem. Turnverein Oberlichtenau. Sonntag, 10. Juni, vorm. 10 Uhr Abmarsch der Turnerinnen-Abteilung. — Abends in Niedersteina anlässlich des Stiftungsfestes des dortigen Turnvereins: Turnrische Sondervorführungen. Die Turnerinnen-Abteilung führt die Allgemeinen Deutschen und die Sachsen-Freikämpfer und eine Mitglieder-Miede die Sachsen-Stabilungen zum 13. Deutschen Turnfest vor. — Abmarsch abends 1/2 3 Uhr von Gub. Gemeinamer Marsch des Vereins mit Musik.

**Handball.**  
Am 3. Juni besiegte die Jugendmannschaft Oberlichtenau den Jungmännerverein Pulsnitz mit 4:0.

Sonntag, 10. Juni, vorm. 10 Uhr in Pulsnitz: Allgem. Turnverein Oberlichtenau Jgd. gegen Turnverein Pulsnitz 2. Jgd.

**Fußballwettpiele, Sonntag, den 10. Juni.**  
Pulsnitz 1 — Dresdenia Dresden 2 1/2 Uhr hier.  
Pulsnitz 1. Jgd. — Dresdner Spielvereinigung 3. Jgd. Abf. 8 1/2 Uhr.

**Annerate für alle Zeitungen**  
vermitteln vollständig kostenlos  
E. L. Försters Erben, Buchdruckerei, Pulsnitz.

**Gasthof Pulsnitz M. S.**  
 Sonntag, von 4 Uhr ab  
**feiner öffentl. Ball!**  
 Es laden freundlichst ein  
 Herm. Menzel und Frau.



**Gasthof Bollung.**  
 Sonntag, den 10. Juni, von 5 Uhr an  
**feiner Ball!**  
 Hierzu laden freundlichst ein Rich. Siede und Frau.



**Waldschlösschen.** Morgen, Sonntag!  
 Tanz · Vergnügen!  
 ff. Kaffee und Eierplinsen.

**Herrnhaus Pulsnitz.**  
 Morgen, Sonntag, von naechm. 4 Uhr ab  
**großes Garten - Frei - Konzert.**  
 Gondelteich! Gondelpartie!  
 Um gültigen Zuspruch bitten Otto Weber und Frau.

**Turnverein „Turnerbund“.**  
 Montag, punkt 8 Uhr, im Hotel „Grauer Wolf“  
**Versammlung.**  
 Erscheinen aller dringend erwünscht. Der Turnrat.

**Achtung! Achtung!**  
**„Anker“ Großröhrsdorf.**  
 Sonntag, den 10. Juni, ab 5 Uhr  
**feines Konzert!**  
 Herzlichst laden ein H. Snauck u. Söhne  
 Georg Laufer.



**Kirchen-Verpachtung.**  
 Die Kirchennutzung der Gemeinde Mittelbach  
 soll  
 Dienstag, den 12. Juni, nachm. 7 Uhr  
 im Gasthaus öffentlich meistbietend gegen sofortige Bezah-  
 lung versteigert werden.  
 Der Gemeindevorstand.

**Die Kirchen-Nutzung  
 der Gemeinde Oberlichtenau**  
 wird Sonnabend, den 16. Juni 1923, nachmittags 5 Uhr  
 in Guhr's Gasthaus meistbietend bei sofortiger Bezahlung  
 versteigert.  
 Der Gemeinderat.

**Wichtig!**  
 Sehr schnell und mit täglich nur einstündiger  
 Arbeitszeit lernt man ohne Lehrer nur durch  
 Selbstunterricht mit Dr. Rosenthal's welt-  
 berühmtem gemordenen Meisterschafts-System und der  
 Gratisbeilage Separat-Ausgabe des Meisterschafts-  
 Systems der Gedächtniskunst eine fremde  
 Sprache, wie Französisch, Russisch, Polnisch, Englisch,  
 Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Schwedisch, Nor-  
 wegisch, Dänisch, Lateinisch, Griechisch. Probelektion  
 für eine Sprache wird gegen Einzahlung von 1200.— M.  
 geliefert. Prospekte und Anerkennungen gratis. Wer  
 durch Selbstunterricht eine fremde Sprache wirklich  
 sprechen, lesen und schreiben lernen will, bediene sich  
 nur des Dr. Rosenthal'schen Meisterschafts-Systems.  
 Rosenthal'sche Verlagsbuchhandlung  
 in Leipzig 23.

**Landwirtsch. Maschinen**  
 — und Geräte, —  
**Sämereien, Futter- und Düngemittel.**  
 Großes Lager an  
**Getreide-Mähern und Strohpressen.**  
 Erbitten Anfragen und Besuchsbestellungen  
**M. Kurt Haase, Dresden-A.** Gutzkowstr. 16.  
 Telefon 42046.  
 Zweigstelle der Firma Bergmann & Zenker,  
 Dohna i. Sa.

Ein lohnender  
**Ausflug**  
 ist immer nach Elstra.  
**Im Ratskeller**  
 gemütliche Räumlichkeiten.

**Lindenhof - Diele**  
 Radeberg.  
 Das Heim der guten  
 Gesellschaft.  
 Hervorragend geeignet für ge-  
 sellschaftliche und familiäre  
 Ausflüge.  
 In aller Hebelichkeit ladet  
 ein **Willy Noak.**

**la Futtermittel:**  
 Mais  
 (klein- u. großkörnigen sowie  
 gerissenen).  
 la Maisschrot,  
 Hafer,  
 Gerste,  
 Weizen,  
 la Mischfutter,  
 Roggen- u. Weizen-  
 kleie,  
 Geflügelbackfutter,  
 Fischmehl,  
 Hellers Futterkalk,  
 Hirse u. Bruchweizen  
 (bestes Rückenfutter)  
 empfiehlt  
**Willy Greubig.**  
 Fernsprecher Nr. 89.  
 Verkaufsstellen:  
 O h o r n: Otto Rammer,  
 Max Lunze  
 O b e r s t e i n a: Emil Lehnert

**Gebr. Lehmann**  
 Bischofswerda, Sa.  
 färben und reinigen  
**alles!**  
 Buntfärben wollener Decken!  
 Annahme f. Pulsnitz u. Umg. be  
**Theodor Schieblich,**  
 Bismarckplatz.

**Schreibmaschinen -  
 Reparaturen**  
 aller Systeme werden sach-  
 gemäß erledigt.  
**A. Braumersenther, Groß-  
 röhrsdorf, Adolfsstraße 270 k 2.**  
 Fernsprecher 98.

**Schafwolle**  
 kauft von Landw. u. Händlern  
 Auf Wunsch tausche auch  
 aeg. Schafwolle u. Stoffe  
**Wollzentrale Dresden,**  
 Grunaerstraße 22 I.

**Abzüge des  
 Fahrplanes**  
 erhältlich in der Wochen-  
 blatt-Geschäftsstelle.

**Metallbetten,**  
 Stahlmatratzen, Kinderbetten,  
 dir. an Private. Katalog 96p frei.  
**Eisenmöbelfabr. Suhl i. Th.**

**Mitteilungen**  
**Briefumschläge**  
 fertigen billigs  
**E. L. Försters Erben.**

**Besuchskarten**  
 fertigen sauber  
**E. L. Försters Erben**

**Kommt unsere  
 Zeitung  
 unregelmäßig?**  
 Dann beachte man:  
 Erhält man die Zeitung durch  
 die Boten der Geschäftsstelle,  
 so wende man sich wegen  
 Beseitigung der Unregelmä-  
 ßigkeit an uns. Erhält man  
 die Zeitung durch den Brief-  
 träger, so wende man sich an  
 die zuständige Postanstalt und  
 verlange plinkittliche Lieferung

**Wiese**  
 zu pachten gesucht.  
 Angebote nimmt entgegen  
**E. G. Kuring.**

**Zu verkaufen**  
 Etliche sehr  
 schöne, junge,  
 hochtragende  
 oft preußische  
**Kühe**  
 und Kalben stehen preiswert  
 zum Verkauf.  
**Bruno Scholz.**  
 Schlachthof wird in Zahlung  
 genommen.



**Ein gebrauchter  
 Kinderwagen**  
 zu verkaufen. Zu erfragen  
 in der Wochenblatt-Geschäfts-  
 stelle.

**1,4 gestreifte  
 Whandotten**  
 zu verkaufen.  
**E. Frenzel,**  
 Bischofswerdaer Str. 211.

**Ein neuer Mäher**  
 zu verkaufen.  
 Zu erfragen in der Wo-  
 chenblatt-Geschäftsstelle.

**Stellen-Angebote**  
 17- oder 18 jähriger  
**Knecht**  
 für Landwirtschaft sofort ge-  
 sucht.  
**Chry. Gräfe,**  
**Pulsnitz M. S.**

**Geübte  
 Lederstanzer**  
 für sofort gesucht.  
**Menschner, Bollung.**  
 Für sofort ein

**Oberjunge**  
 in die Landwirtschaft gesucht  
**Möhresdorf Nr. 26.**  
 Zum sofortigen Antritt ein  
 16-18 Jahre altes

**Mädchen**  
 in Landwirtschaft gesuch.  
**Max Brückner,**  
 Großröhrsdorf Nr. 321.

**Stellengesuche**  
**Jüngeres Mädchen**  
 sucht gute Stellung.  
 Zu erfragen in der Wo-  
 chenblatt-Geschäftsstelle.



Ich hab's erprobt,  
 ich bleib' dabei.  
 Das beste Material  
 für jeden Schuh  
 ob derb ob fein  
 das ist und bleibt  
**Erdal**

**Erdal**  
 Marke Rolfrosch - Schuhpaste  
 Werner & Mertz A.-G. Mainz

Für die zu unsrer Vermählung so  
 überaus zahlreich dargebrachten Glückwünsche  
 und Geschenke, sowie für den Traugesang des  
 M. G. V. „Liederhain“ und für die überaus  
 grossen Ehrungen des Jugendvereins I sagen  
 wir allen unseren  
**herzlichsten Dank.**  
**Fritz Wolf und Frau, geb. Vallin**  
 Pulsnitz 3. Juni 1923 Börnchen/Erzgeb.

**Hauslumpen**  
 aller Art, zur Selbstverarbeitung, kauft  
 jedes Quantum weit über Tagespreis  
**Eugen Pampel, mech. Weberei, Pulsnitz.**  
 Annahmezeit 8-12 Uhr vormittags.

**Achtung! Achtung!**  
**Bürger!**  
 Kammerjäger **Dr. Heke**, Vertreter des Versicherungs-  
 Institutes gegen sämtliches Ungeziefer, langjährig erfahrener  
 Fachmann, ist soeben hier eingetroffen und übernimmt die  
 Vertilgung sämtlicher Ungeziefer, wie **Ratten, Mäuse, Wüh-  
 läuse, Schwaben, Wanzen** usw. unter 2 Jahre schrift-  
 licher Garantie. Erfolg innerhalb 24 Stunden. Auf Wunsch  
 für Menschen und Haustiere unschädlich. Billige Austrottung  
 des Ungeziefers ist im Interesse der Volkswirtschaft un-  
 dingt erforderlich.  
 Bestellungen erbitten sofort unter **Ver sicherungs-In-  
 stitut gegen sämtliches Ungeziefer** an die Geschäftsstelle  
 dieser Zeitung.

**Hühneraugen** beseitigt sicher  
 das Radikalmittel **Lebewohl!**  
 Hornhaut auf der Fußsohle verschwindet durch  
**Lebewohl - Ballen - Scheiben.**  
 In Drogerien und Apotheken.  
**Max Jentsch, Central-Drogerie, Langestr. 2.**



Wer seinen Mitmenschen durch Wort und Schrift  
 imponieren, sein Ansehen und seine gesellschaftliche  
 Stellung heben und in den Aufgaben des Lebens  
 Erfolg haben will, kaufe sich  
**Das Meisterschafts-System d. Deutschen Sprache**  
 Eine praktische Anleitung, um in kurzer Zeit impo-  
 nierend, sicher, richtig und erfolgreich sprechen und  
 schreiben zu lernen, sowie an praktischen Beispielen das  
 Schreiben von Briefen, Rundschreiben, Geschäftskorre-  
 spondenzen, Eingaben an Behörden, Anzeigen, Quiti-  
 rungen, Rechnungen, Schuldscheine, Verträgen, Proto-  
 kollen, Testamenten, die Anwendung der Buchführung,  
 des Wechsel- und Scheckverkehrs und der Titulaturen  
 gut und sicher zu lernen.  
 Bearbeitet von **Karl Martens.**  
 Zweite vermehrte Auflage.  
**Preis des Werkes 6000 Mark in elegantem  
 Aufbewahrungskasten.**  
 Kann gegen Nachnahme oder Einzahlung  
 des Betrages bezogen werden durch die  
**Rosenthal'sche Verlagsbuchhandl. in Leipzig 23.**

# Pulsnitzer Wochenblatt

Sonnabend, 9. Juni 1923.

Beilage zu Nr. 68.

75. Jahrgang.

## Das deutsche Memorandum.

Berlin, 7. Juni. Den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio ist heute zur Orientierung und Ergänzung der Note vom 2. Mai folgendes Memorandum übermittelt worden:

1. Die Deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln, und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie nur, um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprechen würde, als nach ihrer Überzeugung das deutsche Volk unter Anspannung aller Kräfte zu halten imstande ist. Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemünzt schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die Deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar. Die Deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsmittel der deutschen Volkswirtschaft gewähren.

2. Die Deutsche Regierung hatte die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die Deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß anstelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefaßten Sicherheiten zu erlangen, schlägt die Deutsche Regierung folgende Garantien für die Durchführung des entgeltlichen Reparationsplanes vor:

A.: Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstellendes Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit 5% verzinst sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

B.: Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die Deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft: Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erstellendes Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Besitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder unmittelbar von den belasteten Objekten aufgebracht.

C.: Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker, sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistung verpfändet. Der Rohertrag dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, die sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark beliefen, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen, mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die Deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen: In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstische erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Reparation an. Die Deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtungen zu vereinbaren.

Amlich wird zu diesem Memorandum bemerkt: Wie bekannt, sind der Deutschen Regierung auf ihre Note vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antworten zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenaustausches erschweren könnte, hat die Deutsche Regierung sich in dieser Rückäußerung auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind.

## Verteilung und sächsische Angelegenheiten.

(Eine schöne Sitte.) Das Begleichen des Sarges oder Leichenzuges ist eine schöne Sitte, die sich überall einbürgern mag. Wir lasen neulich einmal, daß ein Turnverein, der in geschlossenem Zuge daher kam und einem Leichenzuge begegnete, mit entblößtem Haupte leiteten an sich vorüberziehen ließ. Das hatte den Leidtragenden besonders wohlgetan. Und als wir neulich einen lieben Toten hinausstrugen, ließ es sich der Kutscher eines entgegenkommenden Geschirres nicht nehmen, während des Vorüberzuges zu halten, ihn und den Sarg mit dem

Gute in der Hand vorbeizulassen. So jugendlich der Geschirrführer war, aber er verriet durch diese einfache Handlungsweise gute Erziehung und Gesinnung, gute Familie. Es mag besonders wahrhaft trauernden und weinenden Leidtragenden nicht angenehm sein, an allen Straßenecken an schaulustigen Gassen vorbei zu müssen und durch das wiederholte Vorbeijagen der Kinder, das an die freien Sitten von Wild-West erinnert, ihre Andacht und Trauer stören lassen zu müssen. Wer in Trauer hinter einem Sarge herschreiten muß, empfindet es auch dankbar, wenn die am Wege Stehenden oder Vorbeigehenden solange nicht nur Hut und Mütze, sondern auch die Zigarre, Zigarette oder Pfeife aus dem Munde ziehen. So haben es auch unsere Krieger draußen gemacht und ihre Kameraden gegrüßt, die nach tapferem Kampf oder Leiden zur letzten Ruhe gebracht wurden. Vor der ersten Majestät des Todes muß man in allem Stille halten.

(Heimatgrüße in der Fremde) sind die Lokalbücher. Das hat schon mancher an sich selbst erfahren, der in fremden Orten lebt und bei dem das heimliche Blatt als liebgewordener, stets gern gelesener Gast alltäglich einkehrt. Die Liebe und Anhänglichkeit zur Heimat erlischt nie; daß sie aber immer mehr gefestigt werde, dazu trägt die heimliche Zeitung ein gut Teil mit bei, da sie über alle wichtigen Ereignisse in Stadt und Land berichtet und auch durch ihren Anzeigenteil den in der Ferne wohnenden Leser über alle sonstigen Vorkommnisse auf dem Laufenden erhält. Die Angehörigen der in der Fremde weilenden Familienmitglieder sollten daher nicht versäumen, ihren Lieben zu ermöglichen, das „Pulsnitzer Wochenblatt“ bei der Post bestellen zu können oder es ihnen selbst zu bestellen, sie werden den letzteren hierdurch eine große Freude bereiten und zur Pflege des Heimatstimmes ebenfalls in bester Weise beitragen. Das „Pulsnitzer Wochenblatt“ ist durch alle Postanstalten vierteljährlich und auch monatlich zu beziehen.

(Die Polizei im Kampfe um die Butterhöchstpreise.) Für den Freistaat Sachsen sind bekanntlich Höchstpreise für Milch und Butter eingeführt, soweit es sich um Erzeugnisse im Inlande handelt. Gegen diese Verordnung ist bereits aus Erzeuger- und Händlerkreisen angekämpft worden. Die Erzeuger erklären, die Gestehungskosten seien so hoch, daß sie zu den festgesetzten Preisen weder Milch noch Butter liefern könnten; andererseits suchen aber auch Händler Milch und Butter aufzulaufen, indem sie wesentlich höhere Preise bieten, als zulässig ist. Die Folge dieser Wirtschaftspolitik ist, daß die Butter vom Marke so gut wie verschwunden ist; will man welche kaufen, so muß man immer Preise für angeblich außersächsische Butter zahlen. Im Einverständnis mit dem Wirtschaftsministerium ist jetzt folgendes bestimmt worden: „Die zuständigen Gendarmeriebeamten und Polizeiorgane haben die gewerkschaftigen Butteraufkäufer auf dem Lande anzuhalten, ihre Personalien, Bezugsquellen, Einkaufspreise, Abkorte und womöglich auch die Personalien der Abnehmer festzustellen, damit die Einhaltung der Höchstpreise für sächsische Butter nachgeprüft werden kann.“

tsd Dresden. (Unterstützung des Volksbüchereiwesens) Auf Anordnung des Unterrichtsministeriums sollen die Volksbüchereien des Freistaates Sachsen grundsätzlich nicht mehr durch bares Geld vom Staate unterstützt werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen vielmehr verwendet werden, um den Volksbüchereien den Ankauf billiger Bücher zu ermöglichen und zur Abhaltung von Ausbildungslehrgängen für Bibliothekare und für besondere Aufgaben im Volksbüchereiwesen, die der Landesstelle für freies Volkswesen im Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts in Zukunft zufallen. Das Ministerium behält sich nur für Ausnahmefälle vor, mit Geldunterstützungen einzugreifen.

tsd Dresden. (Protest gegen die weitere Belastung des Hausbesitzes.) Der Vorstand des Bundes Deutscher Mietervereine (Stz Dresden) hat an den Reichstagskanzler und Reichstag eine Erklärung gerichtet, in der mit Bezug auf die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom 25. Mai 1923 gegen die darin erwähnte etwaige Sonderbelastung der Wirtschaft, insbesondere des städtischen Hausbesitzes, und den geforderten Abbau der Zwangsmieten namens der deutschen Mieterschaft und damit namens der großen Masse des Volkes entschiedenster Widerspruch erhoben wird. Der Hausbesitz, so heißt es darin, sei kein geeignetes Pfandobjekt, vor allem kein produktives Pfand. Er erzeugt keine Güter; die Hausrente ist Zins eines Anlagekapitals, der nicht bei der Erzeugung von Gütern

wie in Industrie und Landwirtschaft aufgebracht wird, sondern der als letztes Glied in der Kette des Wirtschaftsprozesses ohne jede Möglichkeit der Abwälzung wehrlos der Belastung gegenüber steht. Die Hausrente zur Verzinsung und Tilgung der Reparationsschulden heranzuziehen, würde also bedeuten, daß nicht die Sachwerte herangezogen werden, sondern die Arbeitskraft des Volkes unmittelbar belastet wird. Dazu kommt noch, daß unsere gesamte Wirtschaft überhaupt nicht imstande ist, an Stelle der jetzigen Belastung von 5 Milliarden Mark für Hausrente dauernd eine solche von 50 Billionen Mark und mehr zu tragen. Die Lebenshaltung der breiten Schichten des arbeitenden Volkes ist heute bereits eine so feststehende, daß die durch weitere Wegnahme des Arbeitsertrages ohne katastrophale Folgen nicht weiter herabgedrückt werden kann. Eine Steigerung der Hausrente bedeutet nicht eine Vermehrung der Substanz, denn sie vollzieht sich ohne Erzeugung neuen Sachwertes, sie spiegelt ein Scheinvermögen vor, dessen Zinsdienst jedoch die Gesamtwirtschaft belastet. An diesem Zinsdienst mit der Folge immer wiederkehrender Notwendigkeit weiterer Arbeitslohnsteigerungen werden alle Berechnungen über Verzinsung und Tilgung unserer Reparationsschulden scheitern, unsere Wirtschaft muß an ihr zusammenbrechen. Eine Heranziehung des Hausbesitzes im Sinne der Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie ist danach völlig unmöglich.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 8. Juni. (Das deutsche Memorandum im Spiegel der Berliner Presse.) Das deutsche Memorandum wird von der gesamten Berliner Presse auch rein äußerlich als großes politisches Ereignis gewertet, im Allgemeinen aber mit Zurückhaltung aufgenommen. Die „Rote Fahne“ spricht von „Preisgabe des Ruhrgebietes“, „Berückdung Deutschlands“ usw. Auch Dr. Maurenbrecher äußert in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ seine Ungunst und meint, es gehe weiter auf abschüssiger Bahn. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ spricht von einem „Wagnis der Regierung“, und sein Schwesterblatt, der „Tag“, ergänzt: „Die Regierung ist mit dieser Note außerordentlich weit gegangen, und jeder Schritt weiter auf diesem Wege müßte die Kapitulation bedeuten. Die Note spielt mit dem Schicksal der Nation und der Wirtschaft.“

(Eine vernünftige Stimme aus England.) Die „Times“ prophezeit der deutschen Note eine günstige Aufnahme in England. Aber die Frage, ob sie zur endgültigen Verhandlung führen wird, weiß das englische Blatt nicht zu beantworten. Es weist auf die erbitterten Kämpfe im Ruhrgebiete hin und spricht es offen aus, daß der französische Terror jede Verständigungsmöglichkeit von vornherein unendlich erschwere. Das Blatt spricht von der ungebildeten französischen Politik.

(Gleitende Steuerfäße.) Mit großem Bedenken sieht man den praktischen Auswirkungen der Mittelungen entgegen, die Reichsfinanzminister Dr. Hermes in der jüngsten Reichstagsitzung über die Notwendigkeit einer Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuerfäßen gemacht hat. Wir stehen zweifellos vor einer neuen erheblichen Steuerbelastung. Zuerst einmal handelt es sich um eine Verdoppelung der Zwangsanleihe, die allerdings technisch leicht durchführbar sein wird. Dann kommt aber eine wesentliche Erhöhung der Verbrauchssteuern, worüber bereits ein Entwurf vorliegt. Danach sollen sämtliche Verbrauchssteuern der Geldentwertung entsprechend von Zeit zu Zeit neu festgesetzt werden. Es ist dies also ein System gleitender Steuerfäße, wie wir es bisher noch nicht gehabt haben. Die Beweggründe, aus denen es entspringt, sind klar. Man hat gesehen, daß die Steuerentgänge meistens durch die inzwischen eingetretene Geldentwertung vollkommen überholt sind und will diesem Uebel nun abhelfen. Man muß dabei aber bedenken, wie sich solche Maßnahmen auf die Preisgestaltung auswirken. Das Emporschnellen der Preise muß durch gleitende Steuerfäße nur beschleunigt werden, was wiederum in einer stärkeren Inflation und dementsprechenden stärkeren Geldentwertung fühlbar wird.

Frankreich.

Paris, 7. Juni. (Die Note in Paris.) Die deutsche Note ist heute 6 Uhr nachmittags im französischen Ministerium des Aeußern überreicht worden. Kurze Zeit darauf wurden die französischen Pressevertreter im Quart d'Orsay empfangen, denen der Inhalt



der Note mitgeteilt und erklärt wurde, man sei am Quai d'Orsay der Ansicht, daß die deutsche Note den Engländern keine Basis zu einer Aufnahme von Verhandlungen bieten werde.

England.

London, 8. Juni. (Die Note in London.) Die Reuter meldet, hält man sich in amtlichen Kreisen davon zurück, Erklärungen zum deutschen Memorandum abzugeben.

Italien.

Rom, 8. Juni. (Mussolinierwartet herzogliche Verständigung.) Zwecks Uebergabe der deutschen Note begab sich der deutsche Botschafter Freiherr Dr. von Neurath gestern Nachmittag in den Palazzo Chigi und wurde zunächst vom Generalsekretär Santarini empfangen.

Vorausichtliche Witterung.

Sonntag: Abwechslend heiter und wolkig, vereinzelt Regenschauer, nachts kühl, tagsüber mäßig warm. Montag: Ziemlich heiter, trocken, nachts kühl, tags wärmer als Sonntag.

Wochen-Spielplan Dresdner Theater.

Opernhaus. Sonntag, 10. Juni, „Tannhäuser“ (1/7 bis 1/11). Montag, für den Verein Dresdner Volksbühne: „Der Zimmermann“ (7 bis g. 10) - kein öffentlicher Kartenverkauf.

Am Ringelstein.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus von Fr. Nixel.

„Munter, Ihr Velt!“ rief ein hochgewachsener Bursche mit sommerbraunem Gesicht den Schnittern zu, die einen Augenblick Rast gemacht hatten.

Schauspielhaus: Sonntag, 10. Juni: „Egmont“ (1/7 bis g. 1/11). Montag, „Der König“ (1/8-1/10). Dienstag „Was ihr wollt“ (7-1/11).

Marktpreise in Ramez am 7. Juni 1923.

In Ramez wurden heute für gute, gesunde, trockene und sofort lieferbare Ware je 50 Kilogramm gezahlt: Weizen 130000 bis 132000 M, Roggen 108-110000 M, Gerste 85-90000 M, Hafer 80-85000 M.

Ferkelmarkt. Ferkel, Preis pro Stück: Höchster 330000 M, mittlerer 240000 M, niedrigster 200000 M.

Dresdner Produktenbörse vom 8. Juni.

Weizen 136-139000, stetig. Roggen 114-117000, ruhig. Sommergerste, süds., 88-100000, fest. Hafer, 89-92000, ruhig, geringer 79-88900, ruhig.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof zu Dresden am 7. Juni 1923.

Die Preise sind Marktpreise. Die Stallpreise sind nach den neuen Richtlinien der Landespreisprüfstelle für Rinder 20%, für Rälber und Schafe 18%, für Schweine 16% niedriger als die hier aufgeführten Marktpreise.

Briefkasten.

Von Seiten eines Abonnenten wird angefragt über die Arbeitszeit der Lehrlinge. Die Gewerbestämmer äußert sich dazu folgendermaßen: Auf die Anfrage v. 31. v. M. teilen wir Ihnen mit, daß Handwerkslehrlinge, die über 14 Jahre alt sind, täglich 8 Stunden beschäftigt werden können.

Kurse der Dresdner Börse vom 9 Juni 1923

Table with 2 columns: Security Name and Price. Includes entries like 5% Deutsche Reichsanleihe (89.-), Sparprämienanleihe (695.-), 3 1/2% Preuß. Konfols (200.-), etc.

Kirchen-Nachrichten.

Pulsitz.

Sonntag, den 10. Juni, 12<sup>7</sup> Eisenbahnfahrt des Frauenvereins Pulsitz M. S. nach Nadeberg: Besuch der Tobiasmühle und der Epileptischen Anstalt Kleinmachan.

Oberlichtenau.

Sonntag, den 10. Juni, II. n. Trin.: 1/9 Uhr Predigt gottesdienst in der Kirche (Partottesdienst wird verschoben).

Lichtenberg.

2. Sonntag n. Trinitatis: 1/9 Uhr Gottesdienst. - Getauft: Alma Hilde, Tochter des Maschinenarbeiters Erwin Arthur Schade hier.

Großhandorf.

2. Sonntag n. Trinitatis: Vorm. 9 Uhr: Predigt gottesdienst (Herr Pfarrer Ziemer aus Lichtenberg. - Beerdigt: Frau Emilie Anna Zeiler geb. Hornuff, 63 J. 7 Mon. 13 Tg.

Reichenbach.

Sonntag, 10. Juni, II. n. Trin.: 1/9 Uhr Predigt gottesdienst, Kollekte für Notiz b. Wöbau. 10 Uhr Kinder Gottesdienst (1.-4. Schulj.). Nachm. 2 Uhr Unterredung. - Die geistliche Musik wird am 17. Juni aufgeführt.

Prüfend betrachtete der Alte den Horizont und meinte gleichmütig: „Die Nacht kömmt's was gebe, die Hitz is gar zu arg! No, wenn Ihr Euch dran halt, kömmt Ihr bis de Dwend fertig sein! Wann wir uffgelade hawe, kann Dir des Resche beim Vinne (Binden) helfe!“

men, so daß eine weitere Zwiesprache über den intimen Gegenstand unmöglich war. Unschuldig, mit verbrossenem Seelendick auf die verstimmt lächelnden Knechte, spuckte sich Philipp in die Hände und sagte die Senze zu neuem Schaffen.

volle Erfindung gemacht wurde, den Strappit durch Beimischung von Ton noch brauchbarer zu machen. gefeicht, soll einzu die Kneiffen vertreiben; auch ist das Eingießen von Walfalgänge mit Erfolg angewendet worden.

Fortsetzung folgt.



Beitrag zur ...

Beitrag von vielen ... die sie mir mehr ...

Man hat die ... die sie mir mehr ...

Das ... am Silberstein ...

Wenn, daß es in den meisten ...

Das neue Gemd.

Beitrag von ...

Man, dann ...

Über ...

Multifigheit.

Man Joseph ...

Man ...

Geraten und verkauft.

Garten- und Blumenpflege.

Die ...

Bei den ...